Gesellschaft für
Westfälische
Wirtschaftsgeschichte e.V.

Karl-Peter Ellerbrock
Harald Wixforth
Jost Springensguth (Hrsg.)

Freies Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft

100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe, 100 Jahre Westfälische Wirtschaftsgeschichte

Kleine Schriften 37

Freies Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft

Wirtschaftliche Gesellschaft
für Westfalen und Lippe e.V.

Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e. V.

Kleine Schriften Heft 37

Freies Unternehmertum und Soziale Marktwirtschaft

100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe, 100 Jahre Westfälische Wirtschaftsgeschichte

Herausgegeben von Karl-Peter Ellerbrock,
Harald Wixforth
und Jost Springensguth

Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e. V.
Dortmund/Münster 2021

Gefördert durch

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

ISBN: 978-3-87023-293-1
ISBN ePDF: 978-3-87023-468-3

© Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e.V.,
Dortmund 2021.
Fotos Bildteil: Archiv WWL
Erschienen in der Ardey-Verlag GmbH, Münster.
Druck: mediaprint solutions GmbH, Paderborn
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Alle Rechte vorbehalten.
www.ardey-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Ansgar Fendel, Reinhard Zinkann
Zum Geleit 7

Grußwort des Ministerpräsidenten
des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet 9

Reinhard Zinkann und Jost Springensguth
Einführung: 100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe, 100 Jahre Westfälische Wirtschaftsgeschichte . . 13

Harald Wixforth
Das „geistige Zentrum des Unternehmertums".
Zur Geschichte der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe 25

Karl-Peter Ellerbrock und Harald Wixforth
„Kalte Sozialisierung" und das Ende des freien Unternehmertums? Die Debatte über ordnungspolitische Weichenstellungen zwischen Währungsverfall und Wirtschaftskrise 105

Karl-Peter Ellerbrock
Westfalen und das Ruhrgebiet. Eine historische Langzeitbetrachtung 145

Matthias Löb und Markus Dillmann
Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe: Förderer wirtschaftlicher Entwicklung in Westfalen-Lippe und bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Region 183

Fritz Jaeckel
100 Jahre Zukunft. Westfalens Wirtschaft im 21. Jahrhundert 209

Wolfgang Kleideiter
Der Internationale Preis des Westfälischen Friedens. Von der Idee bis zur 12. Preisvergabe 230

Karl-Peter Ellerbrock und Harald Wixforth
Ausgewählte historische Dokumente aus der Entstehungsgeschichte 259
1 „Streng vertraulich. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir“ (3. Juni 1921) 259
2 „Streng vertraulich! Nur für die Herren Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes. (Nicht zur Weitergabe bestimmt).“ (14. November 1923) 261
3 Forderungen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, Eingabe der IHK für das südöstliche Westfalen zu Arnsberg an den Reichskanzler und die Zentralbehörden vom 8. Oktober 1931, basierend auf einem Beschluss der Vollversammlung vom 2. Oktober 1931: Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, Kreis Meschede, LRA Nr. 3316 263
4 Aktennotiz von Otto Sartorius vom 25. November 1946 über die Neuorganisation der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe 266
5 Rede von Herbert Delius anlässlich der Verschmelzung des Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbundes mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zur Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe (August 1934) 267
6 Satzung der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe vom 1. August 1934 (Auszug) 269
7 Aktennotiz von Otto Sartorius vom 16. November 1946 über die Neuorganisation der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe 270
8 Rede des Vorsitzenden, Eduard Wolf, auf der ordentlichen Mitgliederversammlung der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe e. V. am Donnerstag, dem 12. Juni 1947, in der Rudolf-Oetker-Halle in Bielefeld 272

Patrik Hover und Patricija Prentoski
Vortragsveranstaltungen 1947–1991 277

Die Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. im Jahr 2021 282

Autoren 286

Zum Geleit

Im Jahr 2018 übernahm das Westfälische Wirtschaftsarchiv die historischen Akten der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe. Damit wurde ein Schatz gehoben, der, trotz erheblicher Kriegsverluste, das Wirken der Gesellschaft seit ihren Anfängen anschaulich dokumentiert. Die von der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe gemeinsam geplante Jubiläumsveranstaltung zum 100-jährigen Bestehen konnte leider aufgrund der Pandemie nicht stattfinden; so entstand die Idee einer Publikation. Daraus ist ein politisches Buch geworden. Politisch ist die vorliegende Publikation deshalb, weil es im Wandel eines Jahrhunderts den nach dem Ersten Weltkrieg aufgenommenen Kampf der westfälischen Unternehmer gegen eine drohende Sozialisierung dokumentiert, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Engagement für eine Soziale Marktwirtschaft fortsetzt. Politisch wird das Buch aber auch dann, wenn man aus den kritischen historischen Recherchen zu den einzelnen Wirtschaftsräumen Westfalens Schlüsse für eine erfolgreiche Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft zieht.

Wir danken dem Direktor des Westfälischen Wirtschaftsarchivs, Herrn Dr. Karl-Peter Ellerbrock, dem Wirtschaftshistoriker Dr. Harald Wixforth und dem Geschäftsführer der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe, Jost Springensguth, die dieses Buch konzipiert und maßgeblich mitgestaltet haben, sowie allen anderen Autoren, die zum Gelingen des Projektes beigetragen haben. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat die Drucklegung großzügig unterstützt.

Dortmund und Münster, im November 2021

Dr. Ansgar Fendel
Vorsitzender der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte

Dr. Reinhard Zinkann
Vorsitzender der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen-Lippe

Grusswort des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet

Sehr geehrte Damen und Herren,

100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe – das sind 100 Jahre engagiertes Eintreten für Freiheit, für Soziale Marktwirtschaft und für ein friedliches Europa der Regionen. Vor dem Hintergrund unserer deutschen und der europäischen Geschichte ist dieses Engagement kaum hoch genug zu würdigen. Ein Satz des bedeutenden Vordenkers der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, drückt treffend aus, was uns angesichts zahlreicher Herausforderungen bis heute stets bewusst sein muss. Kurz nach Ende der Diktatur des Nationalsozialismus schrieb er 1946: „Der unheimliche Hang der Deutschen, allzu bereitwillig in jeder angeblichen Notzeit auf eine freiheitliche Ordnung zu verzichten, ist längst noch nicht überwunden und wird es in Zukunft auch nicht werden." Heute sind die Ideale einer freiheitlichen Ordnung, der Sozialen Marktwirtschaft und des europäischen Friedens weit tiefer im Bewusstsein der Menschen verankert. Das ist das Ergebnis engagierter Arbeit und geduldiger Aufklärung. Und es ist Ergebnis der sichtbaren und für die Menschen spürbaren Erfolge von Freiheit, Sozialer Marktwirtschaft und Frieden in Europa.

Seit ihrer Gründung trägt die Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe zu diesen Erfolgen bei. Sie und ihre Mitglieder analysieren und erläutern wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge, machen sie transparent und für viele Menschen zugänglich und erfahrbar. Die Wirtschaftliche Gesellschaft bringt die Belange der Region zur Geltung und ist dabei stets von der Maxime geleitet, über Grenzen hinweg zu denken und auch bei kontroversen Themen das wohl Wichtigste zu schaffen: miteinander im Gespräch zu bleiben, auf Ausgleich und Kooperation bedacht zu sein und menschliche Solidarität in Freiheit für jeden Einzelnen zu wahren. Kurz gesagt: die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu leben.

Schließlich sollten wir nicht vergessen, dass seit nun über 70 Jahren vor allem die Idee der Sozialen Marktwirtschaft Deutschland zu einem der wohlhabendsten und lebenswertesten Länder der Welt gemacht hat. Bis heute ist die Soziale Marktwirtschaft Grundlage für Wohlstand

und soziale Sicherheit für alle Menschen. Noch immer ist ihr Wohlstands- und Sicherheitsversprechen der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, der für politische und soziale Stabilität sorgt.

Bei all dem ist die Soziale Marktwirtschaft aber auch ein Versprechen für individuelle Freiheit jedes Einzelnen, für dezentrale Entscheidungen und einen funktionierenden Wettbewerb. Um diesen zu gewährleisten, bedarf es einer klugen Ordnungspolitik des Staates, die einseitige wirtschaftliche Macht eindämmt, wohl wissend, dass ungezügelter Wettbewerb zu Kartellen, Monopolen und schließlich zu Machtmissbrauch und Unfreiheit der Menschen führen kann. Denn nur in Freiheit und in funktionierendem Wettbewerb ermöglichen wir die Entfaltung schöpferischer und produktiver Kräfte jedes Einzelnen. Nur so geben wir den Menschen die Chance, das Beste für sich selbst und andere zu erreichen.

Nur beste Bildung, Fleiß und Leistung, Verantwortungsbereitschaft und Engagement jedes Einzelnen in einer freiheitlichen Ordnung haben uns Wohlstand und Ansehen in der Welt verschafft.

Besonders in schwierigen Zeiten und angesichts der aktuellen Herausforderungen etwa im Umweltschutz, beim technologischem Wandel oder angesichts einer alternden Bevölkerung, müssen wir weiter auf die Kraft der Menschen vertrauen und noch mehr als bisher auf Freiheit statt auf Bevormundung, auf Freiräume statt auf staatliche Verbote setzen. Auch wenn es um den so wichtigen Klimaschutz geht, dürfen wir diesen Pfad des Erfolges nicht verlassen. Ein agiler und leistungsfähiger Staat ordnet die Wirtschaft, bestimmt die Regeln und sorgt für einen funktionierenden Wettbewerb. Er hilft und unterstützt, wo es erforderlich ist. Er fördert Innovationen, ein exzellentes Bildungssystem und stellt eine leistungsfähige und moderne Infrastruktur bereit und braucht gerade deshalb jetzt ein Modernisierungsjahrzehnt. Lassen Sie uns diese Prinzipien auch Leitgedanken für die nächsten 100 Jahre der Wirtschaftlichen Gesellschaft und unseres Landes sein.

Dann werden die zahlreichen Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Beschäftigten in den starken Landesteilen Westfalen und Lippe auch weiterhin zum Erfolg unserer Sozialen Marktwirtschaft einen entscheidenden Beitrag leisten können. Dann werden die Menschen, Unternehmen und ihre Beschäftigten auch weiterhin mit Ideenreichtum, wirtschaftlichem Gespür und sozialer und ökologischer Verantwortung ihren Beitrag für eine wirtschaftlich besonders dynamische Region und ein modernes Land insgesamt erbringen.

Und sie werden die Kraft und den Willen haben, sich auch weiterhin so außerordentlich wie in der Vergangenheit für den so wichtigen Frieden in Europa einzusetzen. Seit 1998 unterstreicht die Wirtschaftliche Gesellschaft die Bedeutung dieses Engagements mit dem Internationalen Preis des Westfälischen Friedens. Es ist beeindruckend, welche Persönlichkeiten seither ihren Weg als Preisträger nach Münster gefunden haben.

Zu Gast waren etwa der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan, der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing, der frühere tschechische Präsident Vaclav Havel sowie die deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Der Preis verdeutlicht ein ums andere Mal die Bedeutung der europäischen Verständigung für Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle Menschen in Europa. Angesichts des jüngst vollzogenen „Brexits" und auch andernorts erstarkender nationaler Bewegungen kann dieses Engagement für ein friedliches, sicheres und einiges Europa kaum hoch genug geschätzt werden. Europa ist weit mehr als nur eine staatliche Bürokratie oder ein gemeinsamer Markt. Spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Europa für uns alle *das* Friedens- und Wohlstandsprojekt schlechthin.

Alle Erfolge dürfen uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frieden und Wohlstand in Europa nichts Selbstverständliches sind, dass wir dafür vielmehr intensiv arbeiten müssen, Tag für Tag aufs Neue.

Nur wenn wir weiter auf ein Europa der Regionen setzen, in dem eine freiheitliche Grundordnung, Subsidiarität und Föderalismus und die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu den Maximen gehören, können wir Europa zukunftsfest machen und gegen die um uns herum wachsenden Fliehkräfte erfolgreich verteidigen.

Für ihren stetigen und unbeirrbaren Einsatz für eine freiheitliche Ordnung, die Soziale Marktwirtschaft und ein geeintes Europa danke ich der Wirtschaftlichen Gesellschaft Westfalen und Lippe herzlich und gratuliere ihr zum 100-jährigen Bestehen. Und ich ermutige Sie, lassen Sie auch die nächsten 100 Jahre in Ihrem wichtigen Engagement nicht nach und treten Sie weiter ein für die Ideale von Wohlstand, Freiheit und Frieden.

ArminLaschet

Reinhard Zinkann und Jost Springensguth

Einführung: 100 Jahre Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe, 100 Jahre Westfälische Wirtschaftsgeschichte

Bis in die jüngste Vergangenheit in der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe (WWL) gab es nur Vermutungen und fragmentarische Erinnerungen darüber, mit welcher Motivation und wann genau die Gesellschaft entstanden ist. Daher haben wir uns 2018 dazu entschlossen, die noch vorhandenen historischen Unterlagen durch das Westfälische Wirtschaftsarchiv in Dortmund sichten und archivisch aufarbeiten zu lassen. Schnell wurde uns bewusst, dass unsere Gesellschaft nunmehr etwa 100 Jahre besteht. Das genaue Gründungsdatum lässt sich heute leider nicht mehr mit Sicherheit bestimmen, weil die Gründungsdokumente der beiden Vorläufergesellschaften den Flammen des Zweiten Weltkriegs zum Opfer fielen. Vieles spricht für 1920 oder bereits 1919 als mögliches Gründungsjahr. Wir hatten uns dazu entschieden, im Mai 2020 zusammen mit der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte, dem Förderverein des Archivs, zu einer großen Jubiläumsveranstaltung einzuladen, die im Großen Saal der IHK zu Dortmund stattfinden sollte, und zu der auch Ministerpräsident Armin Laschet bereits seine Zusage für einen Festvortrag gegeben hatte.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sorgen leider seit März 2020 für tiefe Einschnitte in unser Wirtschaftsleben. Politik, Gesellschaft und auch unsere Mitgliedsunternehmen haben sich in vielfacher Hinsicht darauf einstellen müssen, dass Lockdown, Homeoffice, Verzicht auf direkte Kunden- und Lieferantenkontakte oder Ausfälle in den Lieferketten neue, erschwerte Rahmenbedingungen setzen. Damit wird das Stichwort Corona auch in unserer nun über 100jährigen Geschichte zu einem eigenen Kapitel werden.

Die Pandemie macht auch einen Strich durch unsere Planungen des Festaktes. In logischer Konsequenz führte der Verzicht auf eine große Jubiläumsfeier zur Überlegung, dass „100jährige“ dennoch öffentlich sichtbar zu machen und angemessen zu würdigen. So reifte

in mehreren Sitzungen unseres Vorstandes und in Gesprächen mit dem Direktor der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dr. Karl-Peter Ellerbrock, die Entscheidung, die Entstehungsgeschichte unserer Gesellschaft historisch aufzuarbeiten. Aus dem inzwischen inhaltlich erschlossenem Archivmaterial sollte, ergänzt durch Erinnerungen von Zeitzeugen, eine wissenschaftlich fundierte Veröffentlichung erarbeitet werden. So entstand dieses Buch. Es enthält im Kern eine breit gefächerte Darstellung der Geschichte und des Wirkens der Wirtschaftlichen Gesellschaft als regionale Vereinigung mit ihren Debatten und Positionierungen über 100 Jahre hinweg, beginnend in den Zeiten der Wirtschafts- und Währungskrisen nach dem Zusammenbruch durch den Ersten Weltkrieg. Karl-Peter Ellerbrock und Harald Wixforth beschreiben als Wissenschaftler und Autoren in tragenden Beiträgen dieses Bandes die Geschichte unserer Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft in Westfalen. Insbesondere lenken sie den Blick auf die jeweiligen ökonomischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der vergangenen 100 Jahre in Westfalen.

Alles begann in einer Zeit der Suche der Unternehmen dieser Region nach verlässlichen Strukturen in unserem von Kriegsfolgen und politischen Systemwechseln geprägten Land. Diese Aufarbeitung entspricht dem durchgehenden Auftrag, den sich die Verantwortlichen der Wirtschaftlichen Gesellschaft seit ihren Ursprüngen über den gesamten Zeitraum gegeben haben. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, durch Debattenbeiträge, wissenschaftliche Aufarbeitungen und Veranstaltungen zu klaren Positionierungen zu kommen und sie in die Öffentlichkeit zu tragen. Das ist bis heute das Selbstverständnis der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. Dieser Band enthält auch ein ausführliches dokumentarisches Kapitel, in dem ausgewählte Quellen ein authentisches Bild von der spannenden Gründungsgeschichte zeichnen. So werden zusammen mit den Beiträgen viele Aspekte der Entwicklung der WWL in ihrem kontrastreichen und wechselhaften politischen Umfeld der vergangenen 100 Jahre abgebildet. Gleichzeitig wird durch diese Jubiläumsschrift ein wichtiger Teil der Westfälischen Wirtschaftsgeschichte dokumentiert. Die Herausgeber sind dankbar, dass Ministerpräsident Armin Laschet an Stelle seiner geplanten Festrede ein ausführliches Grußwort für unseren Jubiläumsband verfasst hat. Fritz Jaeckel, der Hauptgeschäftsführer der Industrie und Handelskammer Nord Westfalen (Münster), gehört wie seine Vorgänger seit 1995 zum Vorstand der Wirtschaftlichen Gesellschaft. Er schlägt in

seinem Beitrag den Bogen zu „100 Jahre Zukunft“ und beschreibt Westfalen und seine Wirtschaftsräume im 21. Jahrhundert.

Zu den Ursprüngen der WWL

Zurück geht die WWL im Kern auf den Grundgedanken, in einem politisch instabilen Umfeld gemeinsame Interessen zu bündeln und zu formulieren. Dies war nach den Quellen in erster Linie die Suche nach Wegen im Umgang mit den vielen unwägbaren Gegebenheiten, die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg politisch und wirtschaftlich herrschten. Konnte man bei den damals so empfundenen sozialistischen Umtrieben den Staat zurückdrängen und selbst wieder Wettbewerbsfähigkeit mit möglichst wenig äußeren Einflüssen erlangen? Wie konnte man damit am besten umgehen? „Nicht allein, sondern gemeinsam“ war die Antwort in vielen Unternehmensleitungen. Schulterschluss und Zusammenhalt wurden vor allem von den Verantwortlichen in den vielen kleineren und mittleren Familienbetrieben angestrebt. Sie suchten nach gemeinsamen Wegen, seinerzeit existierende, sich im Laufe der Zeit immer wieder ergebende oder auch drohende weitere staatliche Einflüsse zurückzudrängen. Das war nur erfolgversprechend, indem Gemeinsamkeiten gesucht sowie Zielsetzungen und Forderungen möglichst gleichlautend formuliert wurden, diese dann öffentlich zu machen und zu versuchen, sie auch weitgehend durchzusetzen. So organisierte man sich als regionale wirtschaftliche Interessenvereinigung. Man suchte zudem in den eigenen Reihen gegenseitig Rat. Und: es ging ums Mitgestalten. Das galt damals und gilt auch heute in Zeiten, in denen Digitalisierung und Globalisierung neue Herausforderungen an die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft stellen.

In dieser Gründungsphase herrschten in weiten Kreisen der westfälischen Unternehmerschaft die Sorgen vor zukunftsgefährdenden Brüchen in der Struktur in dieser Region. Das musste Auswirkungen auf die Entwicklung kleinerer und auch größerer Unternehmen unter den damals herrschenden politischen Rahmenbedingen haben. Das weitgehend im Jahrhundert vor der Gesellschaftsgründung bereits entstandene Gefälle zwischen dem damals noch neuen und aufstrebenden Industriekern an der Ruhr und dem ländlich strukturierten Umfeld im Sauerland, dem Münsterland und Ostwestfalen-Lippe wurde ebenso zum Thema wie die sich stark

abzeichnenden Bestrebungen, staatlich und gewerkschaftlich mehr Einfluss auf die Wirtschaft auszuüben. Das schildert Karl-Peter Ellerbrock in seinem engagierten Beitrag „Westfalen und das Ruhrgebiet". Er demaskiert dabei viele gängige Vorstellungen vom Ruhrgebiet und zeigt am Beispiel seines westfälischen Teils eindrucksvoll, dass die verbundwirtschaftliche Klammer zu den traditionellen südwestfälischen Wirtschaftsräumen enger und langlebiger war, als in den westlichen Teil des Ruhrgebiets hinein und wesentlich von mittelständischen Familienunternehmen zusammengehalten wurde, die Zug und Zug von den Großkonzernen „geschluckt" wurden. Das Ende der Montanära, in der viele mittelständische Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ausgebremst wurden, war, so Ellerbrock, letztendlich eine Befreiung für den Mittelstand.

Der analytische Blick von Harald Wixforth in die im Westfälischen Wirtschaftsarchiv vorhandenen Dokumente, die über Jahrzehnte kaum beachtet worden waren, und die Auswertung von lange Zeit ungelesenen Mitgliederlisten, Reden, Mahn- oder Denkschriften des Vorstandes an die Politik, Veröffentlichungen und wissenschaftliche Arbeiten förderte ein Stück spannende regionale Wirtschafts- und Politikgeschichte zu Tage. Die WWL geht einerseits auf die 1919/1920 gegründeten Vorgängerorganisationen, den „Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbund" in Bielefeld und die „Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft" in Münster, zurück. 1934 von den nationalsozialistischen Machthabern zwangsvereinigt und mundtot gemacht, nahm der neue Verein nach 1945 seine engagierte Arbeit für ein „Freies Unternehmertum" und die „Soziale Marktwirtschaft" wieder auf. Dazu dienten eindrucksvolle Vortragsveranstaltungen und eine eigene Schriftenreihe zu wirtschaftspolitischen Themen. Dieser neue Aufbruch wurde von ähnlichen Umständen wie zur Gründungszeit gekennzeichnet. Es herrschte Unsicherheit darüber, was aus dem Land politisch wird. Wie frei wird künftig unternehmerisches Handeln wieder möglich sein? Das ist eine Fragestellung, mit der sich die Wirtschaftliche Gesellschaft auch aktuell beschäftigt. Parteipolitisch neutral und gleichzeitig nach demokratischen Prinzipen stellte sich die Wirtschaftliche Gesellschaft mit eindrucksvollen Unternehmerpersönlichkeiten an der Spitze 1946 wieder neu auf. Viele namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik engagierten sich. Darüber gibt das vorliegende Buch detailliert Auskunft.

Abschwung der WWL-Aktivitäten im Aufschwung

Die weitere Entwicklung hat auch Einfluss auf die heutige Arbeit. Die Aktivitäten der Gesellschaft verliefen über die Jahre entlang von zeitgeschichtlichen Meilensteinen wie der Überwindung von Wirtschafts- und Währungskrisen mit den anschließenden Konsolidierungen und neuen Ausrichtungen. So mündete diese Entwicklung im demokratischen Wiederaufbau und in den neuen Strukturen der Sozialen Marktwirtschaft. Einerseits herrschte Aufbruchstimmung als Begleiterscheinung des Wirtschaftswunders. Andererseits folgte für die WWL bei abnehmenden wirtschaftlichen und politisch zu verortenden Gefährdungen eine Phase sinkender Mitgliederzahlen. Dem begegneten die Vorstände mit neuen, eher gesellschaftlich ausgerichteten Aktivitäten. Es war die Zeit der großen Bälle der Wirtschaft und anderer gesellschaftlicher Ereignisse gekommen.

Diese Entwicklung in eine eher ruhige Phase mit nachlassenden politischen Aktivitäten führte Mitte der 1990er Jahre im Vorstand zu der Frage, welchen Sinn und welche Perspektiven die Vereinigung von Unternehmerinnen und Unternehmern in Westfalen-Lippe und damit in dieser Gesellschaft noch haben können. Was sind neue zeitgerechte Anliegen und Botschaften, was macht die Gesellschaft wieder attraktiv, um ihre Mitglieder zu binden und neue zu gewinnen? Die WWL hat ihren Aktionsradius bei genauer Betrachtung ihres Einzugsbereiches nur noch in einem „halben Bundesland“ – dabei in dem flächenmäßig größeren, wirtschaftlich stärkeren, politisch aber vermeintlich schwächer vertretenen Teil Nordrhein-Westfalens. Die deutschen Bindestrich-Bundesländer haben gemeinsam, dass sie vor ihrer Bildung in sich unterschiedliche historische Wurzeln, Eigenheiten, Menschenschläge, aber auch Wirtschafts- und Regionalstrukturen besaßen. So galten die Westfalen als bodenständig, wurden mit dem Bild der knorrigen Eichen in Verbindung gebracht im Ge-

gensatz zu dem, was mit Personen wie Johannes Rau oder Armin Laschet assoziiert wird: bei allem politischen Ernst heiter und ironisch, gelassen und geistreich, und locker bei bedingungsloser Verteidigung der Fröhlichkeit. Vor der Bildung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen vor 75 Jahren hatten die Wirtschaftliche Gesellschaft und ihre Mitglieder knapp drei Jahrzehnte düsterster Geschichte und Überlebenskämpfe hinter sich – jeweils persönlich und in den Unternehmen. Heute kann man feststellen, dass aus einem Bündnis der Not im Laufe der neueren Zeit eine Gesellschaft der Selbstbehauptung westfälischer Interessen und Anliegen wurde. So verstanden sich insbesondere die Vorstände mit ihrer Arbeit seit den 1990er Jahren.

In Westfalen hatte man erlebt, wie sich das rheinische Ruhrgebiet mit Essen als Zentrum und wirtschaftlichem Schwerpunkt in Anlehnung an die politisch bedeutsamen Achse Bonn-Köln-Düsseldorf entwickelte. Die damalige Bundeshauptstadt, die stark gewordene und heutige Millionenstadt Köln mit ihrem früheren Oberbürgermeister und dem ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, und der Landeshauptstadt standen im Blickfeld der Politik – nicht nur in NRW, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland. So nahm, nicht nur aus westfälischer Sicht so „gefühlt", die Rhein-Ruhrschiene eine bedeutendere Rolle ein als der westfälische Teil. Strukturpolitisch stand dagegen der Industriekern als bedeutsamer Entwicklungsschwerpunkt viele Jahre im Fokus. Darauf richteten sich die Wirtschafts- und Verkehrspolitik des Landes viele Jahre schwerpunktmäßig aus. Und das führte zu der oft zitierten Floskel, die die nationale Bedeutsamkeit unterstrich: Wenn sich das Ruhrgebiet erkältet, hustet ganz Deutschland. Wie positionieren sich vor diesem Hintergrund die anderen Regionen des Landes wie etwa die Eifel, Oberberg, der Niederrhein, Südwestfalen, Ostwestfalen oder das Münsterland? Das Gefühl, diese Landstriche haben keine wirksame Lobby, machte sich breit. So wurde auch in Westfalen durch die neuen regionalpolitischen Aktivitäten der WWL Antworten gesucht und in unterschiedlicher Ausrichtung gegeben.

Westfälische Selbstbehauptung gegen gefühlte politische Benachteiligung

Diese Entwicklung führte dazu, dass die Wirtschaftliche Gesellschaft versuchte, die Stärken und die Leistungskraft Westfalens zunächst ins eigene Bewusstsein zu rücken, öffentlich sichtbar zu machen und schließlich der Landespolitik zu vermitteln. Einbezogen war ausdrücklich der Landesteil Lippe, der z. B. in der Strukturförderung noch mehr im Schatten des landespolitischen Bewusstseins zu liegen schien als die westfälischen Regionen. Bei der Entwicklung eines neuen (bis heute verwendeten Logos) der WWL war die Platzierung der lippischen Rose neben dem westfälischen Ross ein nicht zu vergessendes und damit besonderes Thema.

Die Textilindustrie im Münsterland und in Ostwestfalen, die Eisen- und Stahlverarbeitung im Sauerland, die Möbel-, Gerätehersteller oder die Lebensmittelindustrie in Ostwestfalen produzieren in kleinteiligeren Unternehmensstrukturen als im Ballungszentrum Ruhr. Sie waren und sind immer noch überwiegend mittelständische Familienbetriebe, in denen fleißig an einer nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung gearbeitet wird. Sie wirtschaften so, dass sie immer stärker und generationenfester werden, weil sie nach anderen als den zwischenzeitlich gefeierten Prinzipien des Shareholder Value geführt werden. Eine Reihe von Ihnen sind so groß geworden, dass sie inzwischen als sogenannte „Hidden Champions" international operieren. Viele von Ihnen sind mittlerweile zu bedeutenden Weltmarktführern geworden. Es entwickelte sich ein Bewusstsein regionaler Stärken.

Mitte der 1990er Jahre reifte in der Wirtschaftlichen Gesellschaft die Erkenntnis, dass zunächst die Wertschöpfung im westfälischen Landesteil sichtbar gemacht werden muss, weil sie höher zu sein schien als in dem rheinischen Landesteil. Daraus sollten strukturpolitische Forderungen nach dem Prinzip einer Gleichgewichtigkeit abgeleitet werden. Westfalen vermisst eine wirksame und einflussreiche Lobby, wie es im Vorstand immer wieder hieß. Man machte sich zur Aufgabe, hier neue Schwerpunkte für das Wirken der WWL zu setzen. Es fehlten dem Vorstand damals belastbare Fakten für die Betrachtung der Unterschiede in der Wirtschaftskraft und auch der politischen Unterstützung. Die Struktur- und Förderpolitik der Landesregierung schien die ländlichen Nachbarregionen des östlichen Ruhrgebietes zu vernachlässigen. Es gab nur gemeinsame Statistiken und zusammenfassende Darstellungen der Strukturdaten für das ge-

samte Land, aber wenig sichtbares und jeweils zusammengefasstes Material für die einzelnen Landesteile Rheinland und Westfalen–Lippe. Jede der acht westfälischen Industrie- und Handelskammern führt zum Beispiel entsprechenden Statistiken, die aber als aggregierte Daten in der Landesstatistik untergehen. Eine „hälftige" Abgrenzung jeweils für Westfalen-Lippe und das Rheinland als Argumentationshilfe fehlte, um eine ausgewogene Förderpolitik für die Entwicklung der Infrastruktur in den Landesteilen mit belastbaren Argumenten anmahnen zu können.

Die WWL beauftragte Wissenschaftler und Journalisten, sich dieses Themas anzunehmen. Sie veranlasste entsprechende Forschungen und sorgte für die Veröffentlichung der Ergebnisse. So entstanden vergleichende Wirtschafts- und Strukturanalysen, die von der Wirtschaftlichen Gesellschaft bis Ende der 1990er Jahre als Schriftenreihe herausgegeben und beworben wurde.

Westfalen in Europa

Eine von der historisch-wissenschaftlich arbeitenden Amsterdamer Heineken-Stiftung (De Amsterdamse Stichting voor de historische Weetenschap), namentlich von Alfred Heineken, erstellte Studie zum Thema „Europa der Regionen" zählte Westfalen mit seinen über sieben Millionen Einwohnern und seinen wirtschaftlichen Kerndaten zur Spitzengruppe von 75 europäischen Regionen. Es handelte sich bei dieser Studie um ein neues europäisches Organisationsmodell, das der Europäischen Union mit ihren gemeinsamen Organen wie der Europäischen Kommission, der EU-Ratspräsidentschaft, des Europäischen Rates oder des Europäischen Parlaments sowie der europäischen Rechtsprechung entgegengesetzt wurde: „Wirtschaftliche Innovation wird getragen vom unternehmerischen Elan, der sich an den lokalen und regionalen wirtschaftspolitischen Bedürfnissen orientiert." Das müsse sich in einer „Konföderation Europa" niederschlagen. Angemahnt wurde die regionale Teilhabe an politischen Organisationsstrukturen in Europa. Der Ausgangspunkt der Überlegungen für dezentralisierte europäische Strukturen war die Forderung, eine Region als politische Organisationseinheit für jeweils fünf bis zehn Millionen Bürger festzusetzen. Nach der Studie entstand damit eine europäische Landkarte mit 75 Regionen von Island bis Zypern; Westfalen rangierte hier als eigenständige Einheit unter der Ordnungsnummer 24.

Das klassische Prinzip der „Vielfalt in der Einheit“ verkörpert die Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe bis heute. Ihr damaliger Vorstand machte sich während der 1990er Jahre in Teilen den Ansatz des beschriebenen regional konföderierten Europas zu eigen. Vor allem der Unternehmer Martin Leicht trieb als zweiter Vorsitzender der WWL diesen Gedanken voran. Er sah darin die Chance eines politisch-wirtschaftlichen Bedeutungszuwachses für die „Europäische Region Westfalen“. Den visionären, gleichwohl aber ernsthaft diskutierten Rahmen des Modells von Alfred Heineken der „Vereinigten Staaten von Europa“ mit mehr regionaler Eigenverantwortung wurde auch mit entsprechenden Veröffentlichungen der WWL für eine kurze Zeit 1994 bis 1995 untermauert. Das führte im weiteren Verlauf auch zu Spannungen innerhalb der Gesellschaft. In dieser Phase der Diskussionen entstand eine Sollbruchstelle, an der die Existenz der Wirtschaftlichen Gesellschaft für einen Teil der Vorstände plötzlich zum Thema wurde. Soll sich eine wirtschaftliche Vereinigung zum Ziel setzen, die gerade frisch bewährte föderale Ordnung infrage zu stellen? Es ging damit im Gesamtkonstrukt des Verwaltungsaufbaus um eine konkurrierende Rolle zu der Ebene des Landes durch die beiden Regionen Westfalen und „Nord-Rheinland“ und dem Ruf nach mehr Eigenständigkeit. Die von Leicht erhobene Forderung, Westfalen in Europa politisch eigenständig zu positionieren, widersprach fundamental dem, wie sich die Europäische Union letztlich entwickelt hatte. Die Veröffentlichung der WWL unter dem Titel „Konföderation Europa (Eurotopia)“ blieb Vision. Das Faltblatt der WWL auf Grundlage einer wissenschaftlichen Studie des damaligen Direktors des Institutes für Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Gerhard W. Wittkämper, wurde zwar vom damaligen Vorsitzenden der WWL, Ernst F. Schröder, und dem Vorstandsmitglied Martin Leicht unterzeichnet, aber schließlich wieder fallen gelassen.

Diese Gedankenführung trug Martin Leicht in die von ihm später gegründete Stiftung „Westfalen-Initiative“, die nach dem Tod des Stifters bald ein anderes Thema in den Mittelpunkt rückte, nämlich die vom damaligen Ministerpräsident Wolfgang Clement entwickelten und vorangetriebenen Pläne zu einer Verwaltungsstrukturreform für Nordrhein-Westfalen. Dazu beauftragte die Westfalen-Initiative ein Gutachten, das 2004 publiziert wurde. Letztlich wurden Clements Pläne nach seinem Verlassen der Landespolitik und seinem Wechsel 2002 nach Berlin als Bundeswirtschaftsminister nicht mehr

weiterverfolgt. Der entscheidende Widerstand, der dazu führte, das Thema Verwaltungsstrukturreform wieder zu den Akten zu legen, war aus Westfalen gekommen. Eine Neuorganisation der Regierungsbezirke rund um den Kernbezirk, den die Ruhrregion bilden sollte, hätte bei Auflösung der Landschaftsverbände das Gegenteil dessen zur Folge gehabt, wofür auch die WWL kämpfte: Möglichst viel Eigenständigkeit für diesen Landesteil in seiner Gesamtheit bei einem gerade für Westfalen angestrebten Prinzip weitgehender Subsidiarität. Dafür stand und stehen in Nordrhein-Westfalen inzwischen wieder stabil die Landschaftsverbände Westfalen–Lippe (LWL) und Rheinland (LVR). Sie sind unverzichtbar bei der Erfüllung der ihnen auferlegten Aufgaben und bleiben unverzichtbarer Bestandteil der Kommunalen Selbstverwaltung. Der LWL-Direktor, Mathias Löb, ist engagiertes Mitglied des Vorstandes der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe. Wir freuen uns, dass er in der vorliegenden Publikation dargelegt hat, welche besondere Rolle und Bedeutung der LWL auch als Wirtschaftsfaktor in Westfalen spielt.

Der Internationale Preis des Westfälischen Friedens

Der LWL ist in der Wahrnehmung der darin beschriebenen Aufgaben einer der wichtigsten Kulturträger in Westfalen wie es auch der LVR für das Rheinland ist. Einer der Leuchttürme der unter dieser Regie betriebenen Kultureinrichtungen ist in Münster das LWL-Museum für Kunst und Kultur. Zu ihm gibt es für die Wirtschaftliche Gesellschaft einen besonderen Anknüpfungspunkt, nämlich die in den letzten Jahren verstärkte Zusammenarbeit bei der Vergabe des Internationalen Preises des Westfälischen Friedens. Die WWL konnte erstmals 2018 in das repräsentative Foyer des 2014 wiedereröffneten Neubaus zum traditionellen festlichen Abendessen einladen. Es fand am Vorabend der Preisverleihung zu Ehren der jeweiligen Preisträger statt. Als 2018 die drei Baltischen Staaten mit ihren Präsidenten ausgezeichnet wurden, war dieser festliche Abend mit Bundespräsident Frank Walter Steinmeier als Laudator und Ehrenvorsitzendem der Jury ein Höhepunkt in der noch jungen Geschichte des Friedenspreises.

Die Pandemie zwang 2020 den Vorstand zu einer Verschiebung der Auszeichnung um ein Jahr. Man entschloss sich im Zusammenwirken mit dem LWL als Hausherrn des Landesmuseums, im Jahr 2021 die nachgeholte Preisverleihung dort im Lichthof, dem histori-

schen Gebäudeteil des Museums, nachzuholen. Damit war auch hier der LWL der in Westfalen „geborene Partner“ für die WWL. So kam es dazu, dass in den mit modernster Lüftungstechnik ausgestatteten Museumsräumlichkeiten eine Veranstaltung dieser Dimension mit TV-Liveübertragung unter den aktuellen Corona-Bedingungen möglich wurde. Die nächste Verleihung des Internationalen Preises des Westfälischen Friedens durch die Wirtschaftliche Gesellschaft ist für den Herbst 2023 vorgesehen. Damit soll an die Gründungsidee anlässlich des 350jährigen Jahrestages des Westfälischen Friedens im Jahre 1998 auch 25 Jahre später wieder angeknüpft werden. Dafür laufen schon jetzt die Planungen in den Friedensstädten Münster und Osnabrück; auch die WWL bereitet sich schon jetzt intensiv auf die 13. Vergabe des Friedenspreises vor.

Dieser Preis bildet seit über zwei Jahrzehnten die Kernaktivität der Gesellschaft. Deshalb wird dieser einmaligen, auch für Europa besonderen Auszeichnung als Preis der Wirtschaft in diesem Buch ein eigenes Kapitel gewidmet. Der Journalist Wolfgang Kleideiter hat seine Entwicklung von Anfang an beobachtet und gern unserer Bitte entsprochen, die Geschichte des Preises zu dokumentieren.

Ausblick

Oft wird die Frage gestellt, wo die Motivation der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe liegt, sich zur Trägerschaft und regelmäßigen Verleihung dieses Preises entschlossen zu haben. Die Antwort geht zurück auf die Geschichte der WWL und damit auf die traditionell enge Verbindung des hiesigen Unternehmertums zur Region Westfalen. Mit dem Preis will die Gesellschaft dokumentieren, wie eng Politik und Wirtschaft, Frieden, Stabilität, Nachhaltigkeit und Wohlstand zusammenhängen und in unserer Region gelebt werden. Politik und Wirtschaft beeinflussen sich wechselseitig und sind voneinander abhängig. Der Friedenspreisträger des Jahres 2008, Kofi Annan, hat in Münster die Mahnung hinterlassen: „Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, bedeutet Schutz der Umwelt, bedeutet Demokratie, Vielfalt und Würde.“

Auch für die Unternehmen dieser Region heißt das, gerade in der in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung, aber auch Individualisierung, regionalen Zusammenhalt zu suchen und in Gemeinschaft

das öffentliche Leben mitzugestalten. Anlässlich der Preisverleihungen zitieren Preisträger, Laudatoren, aber auch die Repräsentanten der WWL immer wieder die Kernbotschaft: „Wenn Friede das Beste aller Dinge ist, dann gilt das besonders auch für den gesellschaftlichen, den sozialen Frieden."

Die Gesellschaft will in ihren aktuellen Positionierungen das gerade in dieser Region gelebte Prinzip des ehrbaren Kaufmanns unverändert pflegen: weltoffen und freiheitlich orientiert, fair. Dort, wo sprichwörtlich der Handschlag als Symbol steht, soll sich weiter die Orientierung an Werten mit einem selbstverständlichen Engagement für die Gesellschaft verbinden. Mit diesem Preis, der überwiegend von bedeutenden Familienunternehmern und Unternehmerinnen dieser Region getragen wird, soll auf lange Zeit dokumentiert werden, dass die so strukturierte regionale Wirtschaft eine tragende Rolle in der gesellschaftlichen Verantwortung für die Region Westfalen und weit darüber hinaus spielt. Er wird weiter mit starker Symbolkraft alle zwei Jahre an Persönlichkeiten oder Repräsentanten von Staaten vergeben werden, die zum Vorbild für Friedensarbeit in Europa und der Welt geworden sind. Der Jugendpreis wird an junge Menschen oder Jugendgruppen verliehen, die beispielgebend für Ausgleich und Frieden handeln. Mit der regelmäßigen Vergabe dieses Preises leistet die WWL weiter ihren Beitrag zur Diskussion über die inneren Strukturen Europas und das Zusammenleben der Menschen in einem Europa der Regionen und gleichzeitig darüber hinaus. Damit knüpft dieser Preis mit seiner jungen Vergangenheit und einer hoffentlich weiter großen Zukunft nahtlos an die 100jährige Geschichte der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. an.

Harald Wixforth

Das „geistige Zentrum des Unternehmertums". Zur Geschichte der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe

Das Ende des Ersten Weltkriegs im November 1918, die Ausrufung der Republik sowie der nachfolgende politische Systemwechsel von der Monarchie hin zur ersten deutschen Demokratie, schließlich die Verabschiedung der Reichsverfassung im Frühjahr 1919 und die Ausformung des „Weimarer Interventionsstaates" machten neue Korporationen und Organe zur Interessendurchsetzung notwendig.[1] Mehr denn je galt in Politik und Wirtschaft die Handlungsmaxime, dass nur derjenige seine Interessen nachhaltig artikulieren und realisieren konnte, der auch über schlagkräftige und gut vernetzte Organe und Instrumente verfügte. Dies bezog sich nicht nur auf die vielfach neu entstandenen Parteien, sondern auch auf Vereine und Gesellschaften, die der gezielten Interessenartikulation verschiedener Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft dienen sollten. Bereits im Kaiserreich waren Verbände, Organisationen und wissenschaftliche Gesellschaften entstanden, die sowohl als Instrumente des Interessenausgleichs in Konflikten als auch als Sprachrohr bei der Durchsetzung von speziellen Wünschen und Forderungen in den politischen Foren fungierten. Zu nennen wäre in diesem Zusammenhang der sogenannte „Langnam-Verein", korrekt der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen. Der 1871 gegründete Verein war zunächst ein entscheidendes Forum in der Debatte über die Zollpolitik des Kaiserreiches. Später konzentrierte er seine Aktivitäten auf ordnungspolitische Kontroversen, vor allem zur Infrastruktur- und Wettbewerbspolitik.[2] Auch in anderen Wirtschaftsregionen und anderen Branchen wurden spezielle Korporationen für die Durchsetzung von Interessen, sowie für die wirtschaftliche Selbstverwaltung ins Leben gerufen. Interessenverbände und wirtschaftliche Organisationen prägten die Strukturen des „deutschen Produktionsregimes", sie waren integraler Bestandteil der Wirtschaftsverfassung und bildeten die Basis für den „organisierten Kapitalismus", der Deutschland

den Aufstieg zu einer der führenden Industrieländer vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ermöglicht hatte.[3]

Die Reparationsfrage, die drohende Sozialisierung von Schlüsselindustrien, ein radikaler Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik sowie zunehmende Streiks und politische Unruhen schufen ein Bündel von Problemen, die das Unternehmertum in Deutschland zum Handeln veranlassten, auch in Westfalen und Lippe. Zum einen machten sie in zahlreichen Petitionen und Denkschriften an die Adresse der Reichsregierung,[4] der preußischen Regierung sowie an die preußische Bürokratie auf ihre prekäre Lage aufmerksam, zum anderen riefen sie weitere Institutionen zur Vertretung ihrer Interessen sowie zur Diskussion anstehender Fragen und Probleme in der Wirtschaftspolitik ins Leben, zu denen auch die Vorläufer der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe gehörten. Diese sollte ebenfalls die Aufgabe übernehmen, dem Unternehmertum aus diesen Regionen in der politischen Arena gezielt Gehör zu verschaffen. Diese Aufgabe nimmt die Gesellschaft bis heute wahr, allen Zäsuren der deutschen Geschichte und der wirtschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert zum Trotz. Sie repräsentiert daher die Stimmen des Unternehmertums zu aktuellen Problemen ebenso wie zu grundlegenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Hintergrund eines an Intensität gewinnenden Strukturwandels.[5]

Die Geschichte dieser Gesellschaft und ihre Bedeutung für ordnungspolitische Diskurse sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik war bisher kaum Gegenstand einer wissenschaftlichen Aufarbeitung. Dies lässt sich vor allem auf einen Grund zurückführen. Die Quellenüberlieferung ist sehr disparat. Versuche Ende der 1970er Jahre, gezielt Quellen zur Geschichte der Wirtschaftlichen Gesellschaft für Westfalen und Lippe ausfindig zu machen und zu erschließen, liefen vielfach ins Leere. Ein erheblicher Teil der Akten wurde sicherlich am 30. September 1944 durch einen großen Bombenangriff auf Bielefeld vernichtet, früher einer der Sitze der Gesellschaft.[6] Aber auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist Quellenmaterial nur eingeschränkt vorhanden. Bedauerlicher Weise wurde ein Teil der Korrespondenz der Gesellschaft mit wichtigen Selbstveraltungskörperschaften der Wirtschaft in Westfalen und Lippe nicht aufbewahrt.[7] Auf Initiative des Westfälischen Wirtschaftsarchivs wurden die noch verfügbaren Quellen gesichert und erschlossen. Sie erlauben einen etwas genaueren Einblick in die Ziele und die Aktivitäten der Wirtschaftlichen Gesellschaft, aber auch in die dadurch entstandenen Probleme

und Auseinandersetzungen mit anderen Interessenvertretungen im wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskurs. Der folgende Beitrag setzt sich daher das Ziel, auf der Grundlage des nun vorhandenen Quellenmaterials die Entwicklung der Wirtschaftlichen Gesellschaft in ihrem nun mehr als hundertjährigen Bestehen zu beleuchten, und so ihre Funktion als Sprachrohr des westfälischen Unternehmertums in den wirtschaftspolitischen Debatten in der Vergangenheit und der Gegenwart zu bestimmen.

Gründung und Anfangsjahre der Vorläufergesellschaften

Die wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe kann auf zwei Wurzeln zurückblicken, zum einen die Weltwirtschaftliche Gesellschaft mit Sitz in Münster, zum anderen den Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbund mit Sitz in Bielefeld. Der Anstoß zur Gründung der neuen Korporationen war in beiden Fällen der gleiche, ihre Zielsetzung und ihre Ausrichtung aber durchaus unterschiedlich. Während die Gesellschaft mit Sitz in Münster sich neben der politischen Interessenvertretung – wie der Name suggeriert – auch dem akademischen Diskurs verpflichtet fühlte, war der Wirtschaftsbund eher eine der Organisationen, welche gezielt die vielfältigen Anliegen und Forderungen des Unternehmertums in der politischen Arena zu Gehör bringen sollten.[8]

Der Westfälisch-Lippische Wirtschaftsbund

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sah sich auch die Wirtschaftsregion im östlichen Westfalen mit politischen Unruhen und Streiks konfrontiert. Zudem riefen die neu gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte mehrfach zur Beschlagnahmung und „Sozialisierung“ von großen Unternehmen auf. Zwar kam es in der Region – im Gegensatz zum Ruhrgebiet – nicht zu revolutionären Turbulenzen und bürgerkriegsähnlichen Vorfällen, doch verlangten sowohl die neuen politischen Machthaber als auch die Vertreter der Gewerkschaften und einiger politischen Parteien eine durchgreifende Umgestaltung der Wirtschaft und damit neue Zielsetzungen in der Wirtschaftspolitik. Besonders angespannt war die Lage bei den großen metallverarbeitenden Firmen in Bielefeld und der Umgebung, etwa den Dürkopp-Werken, wo es

immer wieder zu Streiks und Unruhen kam. Die neu gegründeten Interessenvertretungen der Arbeiterschaft forderten nicht nur höhere Löhne, eine Reduzierung der Arbeitszeit und einen besseren Kündigungsschutz, sondern auch die Partizipation an wichtigen unternehmensrelevanten Entscheidungen.[9]

Nicht nur aufgrund dieser Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft und ihren Interessenvertretern fühlte sich eine Reihe von Unternehmern in die Defensive gedrängt. Wie an fast allen wichtigen Wirtschaftsstandorten in Deutschland verursachten die Folgen des Kriegsausgangs, etwa die Umstellung der Kriegs- auf die Friedensproduktion sowie die Wiedereingliederung von ehemaligen Frontsoldaten in den Wirtschaftsprozess, auch für die Wirtschaft im östlichen Westfalen große Probleme. Zudem litt sie zunehmend unter einem gravierenden Mangel an Roh- und Brennstoffen sowie an einer überalterten und dringend modernisierungsbedürftigen Infrastruktur. Die Transportprobleme und der Mangel an Brennstoffen waren zum Beispiel 1919 und 1920 derart erheblich, dass eine Reihe von Firmen ihre Produktion drosseln oder ganz einstellen musste. Schließlich verursachte der immer fühlbarere Verfall der deutschen Währung erhebliche Schwierigkeiten bei der Kalkulation von Kosten und bei der Beschaffung von Produkten aus dem Ausland, wo die Mark als Zahlungsmittel immer häufiger zurückgewiesen wurde.[10] Angesichts dieser immensen Probleme und Herausforderungen glaubten viele Unternehmer auch im östlichen Westfalen nicht daran, jemals wieder auf einer soliden wirtschaftspolitischen Grundlage Richtungsentscheidungen treffen beziehungsweise die Restrukturierung und den Wiederaufbau ihrer Betriebe vorantreiben zu können. Solange in der Wirtschaft „sozialistische Experimente“ durchgeführt wurden, war es für sie undenkbar, an die durchaus erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Region in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg anzuknüpfen. Die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen in Bielefeld teilte diese Einschätzung. Durch ihren Syndikus ließ sie verlautbaren: „Das Rätesystem dürfen wir uns unter keinen Umständen gefallen lassen, wenn wir nicht in die Lage versetzt werden wollen, die einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich macht.“[11]

Die diffuse Problemkonstellation veranlasste einige Unternehmer aus der Region darüber nachzudenken, wie sie ihren Interessen mehr Gehör verschaffen konnten. Wer genau als erster den Plan ventilierte, dafür eine neue Institution ins Leben zu rufen, lässt sich nicht feststellen. Zu vermuten ist, dass es prominente Persönlichkeiten aus den

Schlüsselindustrien im östlichen Westfalen waren, vor allem aus der Textilindustrie, dem Maschinenbau und der metallverarbeitenden Industrie.[12] So gibt es im Quellenmaterial Belege dafür, dass Herbert Delius als einer der ersten die Initiative ergriff und die Gründung einer neuen Gesellschaft für die Interessenartikulation des Unternehmertums vorantrieb. Delius, Mitinhaber einiger Webereien in und um Bielefeld, zugleich einer der prominenten Vertreter der seit dem 19. Jahrhundert in Bielefeld ansässigen Industriellenfamilie, sammelte einige gleichgesinnte Unternehmer um sich, die ebenfalls die Gründung einer Gesellschaft forderten.[13]

Im Sommer 1919 riefen sie nach intensiven Beratungen den Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbund ins Leben. Delius selbst wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt, über seine Mitstreiter im Vorstand geben die Quellen keine Auskunft. Zu vermuten ist jedoch, dass der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Bielefeld, Otto Sartorius, bei der Gründung des Wirtschaftsbundes ebenfalls eine zentrale Rolle spielte. Sartorius hatte erkannt, dass das Unternehmertum der Region neben der IHK eine weitere schlagkräftige Organisation benötigte, die sich gezielt in den politischen und wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs einschalten und ein Gegengewicht zu den Zielsetzungen der Reichsregierung, sowie der tonangebenden Parteien in den regionalen und kommunalen Parlamenten bilden sollte. Sartorius verstand den Wirtschaftsbund als Zusammenfassung des gesamten „freien Unternehmertums“, ungeachtet der Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder. Der Wirtschaftsbund sollte das entscheidende Instrument werden, um eine einheitliche Position der Unternehmer in den wirtschaftspolitischen Debatten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs herzustellen. Zudem sollte er zum Scharnier zwischen einzelnen Parlamentariern im Reichstag sowie in den regionalen und kommunalen politischen Interessenvertretungen werden und damit helfen, Unternehmerinteressen gezielt in der politischen Arena zu lancieren. Dies bedeutete, dass der Wirtschaftsbund neben der unternehmerischen Interessenartikulation auch selber Memoranden und Stellungnahmen zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen verfassen sollte, die als Grundlage für die interessenpolitische Meinungsbildung von Unternehmern zu verstehen waren.[14]

Befördert durch die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg erhielt der Westfälisch-Lippische Wirtschaftsbund schnell Zulauf. Immer mehr Unternehmer und Firmen aus dem östlichen Westfalen und Lippe schlossen sich ihm an,